

Der Nahe und Mittlere Osten – Ein Pulverfass

Von Matthias Hofmann (MA)

Um die Entstehung des sog. „Islamischen Staat“ besser nachvollziehen zu können ist es notwendig sich zuvor die Entwicklungen in den beiden Staaten Irak und Syrien einmal näher zu betrachten, da diese letztendlich die Voraussetzungen für den sog. „Islamischen Staat“ geschaffen haben.

Der Irak

Der Irak wurde nach der Absetzung des Präsidenten Saddam Hussein (2003) von einem Präsidialsystem in eine parlamentarische Republik mit föderativen Zügen umgewandelt. Allerdings ließ sich dieses vornehmlich moderne Verfassungsmodell nicht so einfach umsetzen, wie es von den US-Administration wohl beabsichtigt worden war. Zudem man wohl auch der Irrung aufgesessen war, dass man Verfassungen nach Belieben exportieren könne. Dem ist nicht so. Eine Verfassung muss immer der vor Ort lebenden Kultur entsprechen. Ist dies nicht der Fall, wird eine Verfassung in aller Regel nicht angenommen. Die US-Administration erkannte vor Ort zu recht, dass es im Irak drei miteinander um die Macht im Staat konkurrierende Gesellschaftsgruppen – die beiden islamischen Religionsgemeinschaften Sunniten und Schiiten und die Kurden – gab, die alle irgendwie an der Macht zukünftig beteiligt werden mussten. Demzufolge wurde in der neuen irakischen Verfassung (2005) verordnet, dass der Präsident im Irak immer ein Kurde, der Ministerpräsident immer ein schiitischer und der Parlamentspräsident immer ein sunnitischer Muslim sein müsse. Die damit verbundene Absicht, dass dadurch die drei Bevölkerungsgruppen zukünftig miteinander den Staat lenken sollten, trat aber nicht ein. Nach wie vor tobt seit 2006 im Irak zwischen der schiitischen Mehrheit und der sunnitischen Minderheit ein blutiger Bürgerkrieg. Dieser Bürgerkrieg wird zudem durch die Ereignisse in Syrien immer wieder neu gestärkt.

Die Autonome Region Kurdistan

Im Nordosten des Irak hat sich seit 2005 kontinuierlich eine autark existierende Autonomie Kurdistan gebildet, die mittlerweile alle Fähigkeiten erlangt hat, um sich in absehbarer Zeit für souverän zu erklären. Mit ihrem Präsidenten Masud Barzani hat die Autonomie auch eine solide Persönlichkeit, die die Autonomie geordnet in die Souveränität führen kann. Da Präsident Barzani sich als fähiger Politiker erwiesen hat, wurde er seine Amtszeit 2013 durch das

kurdische Parlament für zwei Jahre verlängert. Im Sommer 2015 setzten sich dann vor allem die europäischen Staatshäupter dafür ein, dass seine Präsidentschaft bis auf Weiteres verlängert wurde.

Daneben ist die Autonomie Kurdistan auch wirtschaftlich in der Lage den zukünftig erforderlichen Staatshaushalt aus eigenen Kräften zu bedienen. Das internationale Interesse an der Autonomie, das sich durch viele ausländische Konsulate in der Hauptstadt Erbil widerspiegelt, ist aber auch dem Kampf der Peschmerga-Miliz – der vorläufigen Armee Kurdistan – geschuldet, die zurzeit neben der irakischen Armee versuchen, den Vormarsch des Islamischen Staates aufzuhalten bzw. auch zurück zu drängen.

In der Hauptstadt Erbil haben mittlerweile viele angesehene Erdölkonzerne Niederlassungen gegründet und zudem mehrere Milliarden Dollar in die aufstrebende Autonomie investiert. Somit kommt das internationale Interesse an der Existenz der Autonomie Kurdistan nicht von ungefähr, sondern ist vor allem den internationalen wirtschaftlichen Interessen geschuldet.

Die Lage im Irak

Seit der Absetzung von Präsident Saddam Hussein (2003) hat man im Irak nichts unversucht gelassen, um den Staat zu demokratisieren, allerdings mit nur sehr mäßigem Erfolg. Auch die Versuche die innere wie äußere Sicherheit im Irak herzustellen ist vielerorts gescheitert.

Mit dem Abzug der US-Streitkräfte Ende 2011 haben sich nun folgende Entwicklungen ergeben:

- 1) Der Bürgerkrieg zwischen schiitischen und sunnitischen Muslimen geht weiter.
- 2) Die Abspaltung der autonomen Region Kurdistan ist nur noch eine Frage der Zeit.
- 3) Das Siedlungsgebiet der Schiiten – südlich von Bagdad – wurde seit 2010 systematisch im Einvernehmen mit den USA, in ein iranisches Protektorat umstrukturiert. Diese Maßnahme seitens des Iran war nötig geworden, da zu viele schiitische Flüchtlinge in den Iran gekommen waren, die die Integrität des Iran gefährdeten.
- 4) Teile des nordwestlichen Irak werden zurzeit vom Islamischen Staat kontrolliert.

Letztendlich muss man erkennen, dass der Irak dabei ist auseinanderzubrechen. Ob er in fünf Jahren noch so besteht, wie wir ihn heute kennen, dürfte eher fragwürdig sein.

Syrien

In Syrien herrscht Anfang 2015, zur Verwunderung vieler, immer noch Präsident Baschar al-Assad. Das einzige was der Bürgerkrieg seit 2011 im Land erreicht hat, ist die völlige Zerstörung. Zudem versuchen immer mehr Menschen aus Syrien zu fliehen.

Im Vorfeld des Bürgerkrieges war Syrien ein durchaus internationaler geachteter Staat im Nahen Osten. Daneben war Syrien sogar von 2002 – 2003 „Nichtständiges Mitglied“ im UN-Sicherheitsrat.

Syriens Innenpolitik bereitete sich zudem darauf vor, alternative Wirtschaftsbereiche aufzubauen, um für das prognostizierte Aus der Erdölexporte, um 2020, gewappnet zu sein. Hierzu verlagerte man die Wirtschaft in die Bereiche der Herstellung von Phosphate, Eisen, Chrom und Mangan. Die vermuteten Erdgaslagerstätten in der Dimension um 240 Mrd. Kubikmeter würden zudem die Energieversorgung für min. zehn Jahre nach dem Ende des Erdöls für das Land garantieren.

Des weiteren war Syrien ein beliebtes Transitland für Öl- und Erdgaspipelines, die aus dem Osten kommend an das Mittelmeer flossen. Gerade der enorme europäische Bedarf an Erdgas beflügelte Katar ebenfalls durch Syrien hindurch in die Türkei eine Erdgaspipeline bauen zu wollen.

Allerdings rüstete die syrische Regierung in den Jahren 2007 – 2011 auch massiv auf, indem es seine Rüstungsinvestitionen um 580 % gegenüber seinen vorherigen Einkäufen steigerte. Syrien investierte vor allem in den Bereichen der Luftwaffe und der Flugabwehr. Dieser Umstand lässt zwei Vermutungen zu. Entweder wollte sich Syrien gegenüber einer neue aufkommenden Macht im Nahen Osten schützen – Iran oder Türkei – oder verfolgte selbst das Ziel zu einer lokalen Großmacht aufsteigen zu wollen.

Der Ausbruch der Rebellion in Syrien hat einige Staaten anscheinend beflügelt ihre jeweiligen Interessen mithilfe der unterschiedlichen vor Ort kämpfenden Gruppen umzusetzen.

- 1) Die russische Regierung will um jeden Preis ihren Verbündeten Assad an der Macht halten, da das gegenseitige Bündnis schon seit 1963 besteht und Russland die strategisch wichtigen Mittelmeerhäfen zusichert. Von hieraus kann russische Politik strategisch günstig im Mittelmeer operieren, ohne dabei jedes mal erst durch den Bosphorus

vom Schwarzen Meer ins Mittelmeer einfahren zu müssen und dabei gleich von Anbeginn ihrer Mission von NATO-Kräften überwacht zu werden. Zudem kann die russische Politik von hieraus gut in die Belange des Nahen- und Mittleren-Osten eingreifen.

Mittlerweile hat der russische Präsident Putin Fakten geschaffen indem er seit Ende September 2015 russisches Militär ins syrische Latakia entsendet hat und aktiv mit Luftschlägen einerseits das Assad-Regime stützt und andererseits auch gegen den sog. „Islamischen Staat“ vorgeht.

Der russische Präsident Putin, der sehr daran interessiert ist, dass Europa weiterhin sein Gas kauft, sorgt auch über Präsident Assad dafür, dass die katarische Gaspipeline nicht gebaut wird, zumindest nicht durch Syrien. Die russische Unterstützung für Assad soll zudem zur Bekämpfung der islamistischen Kämpfe beitragen, an deren Existenz Präsident Putin genauso wenig Interesse hat wie Europa und die USA.

- 2) Die iranische Regierung verfolgt in Syrien nach wie vor seine Absicht zukünftig die regionale Dominanz ausüben zu wollen. Ein Unterfangen, dass seitens des Iran nicht neu ist, aber durch den Abzug der US-Streitkräfte an seinen Grenzen – 2011 aus dem Irak, 2015/16 aus Afghanistan, Pakistan und Usbekistan – wieder möglich erscheint. Zudem will er natürlich seine Hisbollah-Kräfte in Syrien und dem Libanon im Kampf gegen Israel weiter unterstützen. Sind sie doch die einzigen beiden Hisbollah-Gruppen, die seit der iranischen Revolution (1978/79) noch politisch existent sind. Außerdem braucht der Iran ebenfalls die syrischen Marinehäfen, um dort genauso wie Russland seine Mittelmeer Flottille versorgen und auch warten zu können.
- 3) Die US-Administration will den russischen Einfluss auf Syrien minimieren und das russische strategische Standbein vor Ort eliminieren. Die weitere Absicht dürfte es wohl sein, dass man einen USA-getreuen Übergangspräsidenten vor Ort einsetzen will, so wie das bereits 2001 in Afghanistan (Karsai) und 2005 im Irak (Alawi) geschehen war. Zudem wollte die US-Regierung zusammen mit angeworbenen syrischen Freiwilligen den sog. „Islamischen Staat“ in Syrien bekämpfen. Das dafür aufgelegte Anwerberprogramm sah vor bis zu 5.000 syrische Kämpfer jährlich in die USA zu verbringen, dort auszubilden und sie dann anschließend wieder nach Syrien zu schicken. Das US-Programm wurde aber bereits 2015 wegen zu geringer syrischer Beteiligung wieder eingestellt.
- 4) Die Regierungen von Großbritannien und Frankreich wollen die europäischen Interessen vor Ort wahren und natürlich auch die Voraussetzungen für den Bau der katarischen

schen Gaspipeline schaffen, die der Präsident Assad, vor allem auf Druck durch den russischen Präsidenten Putin ablehnt.

- 5) Die katarische Regierung unterstützt in Syrien, wie bereits schon in vielen anderen arabischen Staaten auch, die Bevölkerungsteile, die den diktatorisch regierenden Präsidenten absetzen wollen. Des weiteren wollen sie eine Gaspipeline in die Türkei errichten.
- 6) Die Regierung von Saudi-Arabien verfolgt vor Ort das Ziel die sunnitische Mehrheit künftig maßgeblich an der Macht in Syrien zu beteiligen und möchte damit auch seinen religiösen und politischen Einfluss vor Ort verstärken. Aber den Saudis geht es auch darum die Präsenz und Absicht des Iran nach Dominanz vor Ort zurückzudrängen.
- 7) Die türkische Regierung hatte in Syrien seit dem neuen Jahrtausend eine sehr wechselhafte Politik betrieben. Anfang des neuen Jahrtausend schien es einen gegenseitigen Vertrag gegeben zu haben, der einerseits es ermöglichte, dass türkische Ingenieure im Norden und Osten Syriens Infrastruktur (wie Straßen und Staudämme) errichteten und andererseits, dass die syrische Regierung damit begann seine Kurden politisch zu verfolgen. Dieses türkische Auftreten ist international mit Verwunderung aufgenommen worden, da die Türkei lange Zeit kategorisch bessere Kontakte zur arabischen Welt ausschloss. Dieses Unterfangen muss wohl, mit der Absicht des damaligen Ministerpräsidenten Erdogan, ebenfalls zu einer lokalen Großmacht aufsteigen zu wollen, gewertet werden. Erdogans damaliges wie auch heutiges Ziel ist es, sich als wirtschaftliche Drehscheibe zwischen Europa (angestrebte Mitgliedschaft in der EU), dem Kaukasus (diesen konnte sie nach dem Zerfall der Sowjetunion wirtschaftlich und politisch bereits an sich binden) und der arabischen Welt (seit 2011 verfolgt die Türkei massive wirtschaftliche Interessen vor Ort und ist zurzeit dabei, wirtschaftlich gesehen, die USA vor Ort zu überholen) zu etablieren. Allerdings die massive Aufrüstung Syriens in den Jahren vor der Rebellion konterkarizierte Erdogans Absicht, so dass er dafür Sorge tragen musste, wollte er die eigenen Absichten nicht aufgeben müssen, dass Syrien eben nicht zu einer militärischen Macht vor Ort aufsteigen konnte.

Assads Reaktion auf diesen Kurswechsel seitens Erdogans war im Sommer 2012 sein Abzug aller militärischen und polizeilichen Kräfte aus den kurdischen Gebieten Syriens. Damit zwang er die Kurden förmlich Autonomien aufzubauen, was diese auch sofort taten. Erdogans Reaktion darauf war der Bau von Grenzanlagen zwischen den syrischen und türkischen Kurdengebieten.

Die Türkei verfolgt nun das Ziel, Syrien soweit außenpolitisch zu schwächen, dass Syrien nicht mehr in der Lage ist die angestrebte Position der Türkei künftig zu gefährden, jegliche iranische Präsenz aus Syrien zu vertreiben und keine künftigen kurdischen Autonomien an seiner Grenze zu Syrien dulden zu wollen.

- 8) Die israelische Regierung steht der Situation in Syrien sehr geteilt gegenüber, zwar war Präsident Assad nicht ein Freund des Staates Israel, aber er war für Israel stets kalkulierbar. Die syrischen Rebellen sind dies definitiv nicht. Dennoch fliegt Israel hin und wieder Angriffe gegen Ziele des syrischen Regimes, da Israel ausschließen will, dass z. B. syrische Giftwaffen in die Hände der syrischen Rebellen fallen könnten. Mittlerweile hat sich die Situation an der Grenze zwischen Israel und Syrien zugespitzt, denn hier auf den Golanhöhen lebt die Minderheit der Drusen. Diese wird sehr gezielt von syrischen Rebellen drangsaliert und teilweise auch massakriert mit der vermutlichen Absicht Israel zu einem Einmarsch in das besagte Gebiet zu motivieren. Denn auch in Israel leben viele Drusen und einige hohe Militärs der israelischen Streitkräfte sind Drusen. Ein israelischer Einmarsch hätte sicherlich zur Folge, dass sich daran eine arabische Allianz auf jeden Fall gegen Israel und vielleicht auch für die syrischen Rebellen bilden könnte.
- 9) Die chinesische Regierung war lange Zeit bemüht die verschiedenen Kontrahenten im syrischen Bürgerkrieg mittels Verhandlungen zu einer Einigung zu bewegen. Seit Oktober 2015 nutzen nun aber auch chinesische Kriegsschiffe die syrischen Militärhäfen und stellen sich damit demonstrativ auf die Seite des angeschlagenen syrischen Präsidenten Assad.

In Syrien, das bis zum Ausbruch der Rebellion keine Staatsreligion hatte, herrschte die Religionsgemeinschaft der Alawiten (Präsident Assad) und daneben begleiteten auch die Religionsgemeinschaften der Drusen und Christen wichtige Staatsämter.

Mit Ausbruch der Rebellion gegen den Präsidenten in Syrien – März 2011 – begannen nun verschiedene Staaten die unterschiedlichen Rebellengruppen mit Waffen – in aller Regel Handfeuerwaffen – zu versorgen. Gleich zu Beginn der Proteste unterstützte die türkische Regierung die syrische Muslimbruderschaft. Es dauerte nicht lange bis auch Saudis diverse sunnitische Rebellengruppen unterstützte, da die Sunniten unter der Assad Diktatur von der Macht ausgeschlossen waren. Da die katarische Regierung sich immer wieder 2011 für die „unterdrückten“ Völker einsetzte, lieferten auch sie Waffen an die Rebellen. Daneben kamen

aber auch über geheime Wege Waffen aus den USA, Frankreich und Großbritannien. Obwohl die EU offiziell ein Waffenausfuhrverbot erließ.

Im Frühjahr 2013 konnte sich die EU nicht mehr zu einer Verlängerung des Waffenembargos für die syrischen Rebellen verständigen – vor allem auf Druck von den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens -, so dass es nun allen EU-Mitgliedsstaaten erlaubt war und ist Waffen zu liefern. Deutschland lehnte es damals noch ab. Aber Italien, Griechenland stiegen neben Frankreich und Großbritannien in das Geschäft ein. Deutschland liefert erst seit Sommer 2014 Waffen an die kurdische Peschmerga Miliz und bildet mit Frankreich und Großbritannien die Kämpfer auch in Kurdistan aus.

Da sich aber mittlerweile eine große Zahl von unterschiedlichen Rebellengruppen gebildet hatte, unterstützte nun jeder die Gruppe, die seine Interessen vor Ort am ehesten umsetzen könnte. Die Situation im Land wurde daraufhin sehr unübersichtlich und die diversen Waffenlieferungen kamen immer öfter nicht mehr dort an, wo sie eigentlich hingelangen sollten. Denn die Rebellen fingen an, die Waffen teilweise auch weiter zu verkaufen. Zudem bildeten und bilden sich auf Seiten der Rebellen immer neue Zusammenschlüsse, so dass eine Identifizierung der jeweiligen Gruppen wegen deren teilweise Kurzlebigkeit kaum noch möglich ist. Allerdings werden nach wie vor immer neue Waffen in das Krisengebiet geliefert, trotzdem dass man heute noch weniger weiß, wer diese Waffen letztendlich benutzen wird.

In Syrien kämpfen unabhängig vom Islamischen Staat hauptsächlich drei Gruppen gegen- und miteinander:

1) Das Regime:

Die reguläre syrische Armee, die allerdings nur noch über ca. $\frac{1}{4}$ (ca. 90.000 Mann) ihrer ursprünglichen Kräfte verfügt. Mancherorts zeichnen sich bereits die ersten Auflösungserscheinungen ab. Das syrische Regime wird in seinem Kampf gegen die Rebellen von den Baath-Brigaden, der Schabiha-Miliz, des syrischen Widerstands, mehrere drusischer Milizen, der iranischen Hisbollah und Teilen der iranischen Armee, die allerdings ohne Hoheitsabzeichen operieren, unterstützt. Weitere personelle Verstärkung erhält das Assad-Regime von irakischen und libanesischen Schiiten und libanesischen Christen. Diese Kämpfer beteiligen sich aber nur zeitweise in Syrien und kehren regelmäßig in ihre jeweiligen Heimatländer zurück. Allerdings nehmen sie den Bürger-

krieg mit, so dass der Bürgerkrieg im Irak immer wieder neu aufflammt und jüngst ein erneuter Bürgerkrieg im Nord-Libanon ausgebrochen ist. Zudem erhält das Regime aus Russland, Iran, Nordkorea und der Volksrepublik China kriegswichtige Lieferungen.

2) Die Rebellen:

Zu den wohl bekanntesten Rebellenorganisationen gehört die sog. Freie Syrische Armee, die sich aus verschiedenen teilweise politischen Untergruppierungen zusammensetzt, die Islamische Front Ahrar al-Scham, die sich aus unterschiedlichen religiösen Gruppen – zumeist Salafisten – zusammensetzt und die Al-Nusra-Front die sich ebenfalls aus unterschiedlichen religiösen Gruppen – unter anderem auch Al-Qaida und Salafisten – zusammensetzt. Jedoch herrscht innerhalb der Al-Nusra-Front mittlerweile eine große Gegensätzlichkeit, so dass Teile der Gruppe auch gegen die Freie Syrische Armee kämpfen und wiederum andere Teile mit dem sog. „Islamischen Staat“ im November 2014 ein Bündnis abgeschlossen haben, obwohl alle syrischen Rebellengruppen ursprünglich nicht nur gegen das Assad-Regime, sondern auch gegen den sog. „Islamischen Staat“ kämpften.

Die Rebellen erhalten ebenfalls aus den Nachbarländern zeitweilige Kämpfer. Diese sind vor allem irakische und libanesische Sunniten, die auch den Bürgerkrieg bei heimatischen Besuchen mit in ihrer Heimat nehmen.

Diese Gruppen wurden/werden aus den USA, der Türkei, von Saudi-Arabien, Katar, Frankreich, Großbritannien, Italien, Griechenland und den Vereinigten Arabischen Emiraten mit kriegswichtigen Gütern beliefert.

3) Kurden/Assyrer:

Die kurdischen Autonomien an der syrisch-türkischen Grenze beteiligen sich mittlerweile auch am syrischen Bürgerkrieg. Aufgrund ihrer jungen Autonomien, die sie gerne weiter ausbauen wollen, kämpfen sie sowohl gegen die sunnitischen Rebellengruppen, die ihre Vernichtung schon angekündigt haben, als auch gegen das Assad-Regime, um einer eventuellen Wiedereingliederung in den syrischen Staat vorzubeugen.

Sie setzen sich zusammen aus den Volksverteidigungseinheiten der Kurden, der Dschabhat al-Akrad und den Sutoro, dem militärischen Arm der syrisch-christlichen Einheitspartei.

Ob oder in wieweit sie von den deutschen Waffenlieferungen an die irakischen Peshmerga-Milizen profitieren, ist zurzeit nicht bekannt. Ansonsten werden sie von keinem bestimmten Staat mit Waffen beliefert.

So wie sich die derzeitige Situation in Syrien darstellt, muss man immer noch damit rechnen, dass sowohl Präsident Assad wie auch die Rebellen den Bürgerkrieg für sich entscheiden können. Sollten die Rebellen gewinnen, ist damit zu rechnen, dass sie ein Massaker an den einstigen Eliten – Alawiten, Christen und Drusen – sowie an den Kurden verüben werden. In der Folge werden sie dann darüber streiten (kämpfen), wer künftig die Macht in Syrien ausüben soll, da bis heute weder eine allseits geachtete und angesehene Persönlichkeit erkennbar ist und noch keine ernstzunehmenden politischen Strukturen innerhalb der Rebellengruppen wahrnehmbar sind. Ein Zerfall Syriens kann ebenfalls nicht ausgeschlossen werden. Sollte sich jedoch Präsident Assad durchsetzen, ist damit zu rechnen, dass er ein großes Strafgericht über alle Rebellen ausüben wird und im Anschluss eine verschärfte Diktatur als zuvor ausüben wird.

Letztendlich scheint es mittlerweile egal zu sein wer sich durchsetzt, denn da das ganze Land fast vollständig zerstört ist, sind die Menschen vor Ort die Verlierer. Es wird Jahrzehnte dauern bis Syrien wieder den gesellschaftlichen wie infrastrukturellen Stand erreicht haben wird wie vor dem Bürgerkrieg. Zudem ist anzunehmen, dass der fast unbeschwerte Umgang zwischen den unterschiedlichen Religionen sich für lange Zeit nicht mehr einstellen wird. Ein Umstand der immer wieder erneut zu Konflikten vor Ort führen kann und wird.